

Kroatien

Gesamteinschätzung

Trotz schwacher weltwirtschaftlicher Entwicklung, insbesondere trotz lahmender Konjunktur in der Eurozone, auf die über 50% der kroatischen Exporte entfallen, wuchs die kroatische Wirtschaft 2001 um 4,1% und damit noch etwas stärker als im Jahr 2000 (3,7%). Das Wachstum hat allerdings in der zweiten Jahreshälfte 2001 und im bisherigen Jahresverlauf 2002 an Dynamik eingebüßt.

Wachstumsstützen waren die Industrie und der Dienstleistungsbereich, in dem vor allem der Handel und das Hotel- und Gaststättengewerbe expandierten. Hier wirkte sich u.a. aus, dass der Tourismus mit einem Zuwachs von knapp 11% bei der Zahl der Übernachtungen nach dem hervorragenden Ergebnis des Vorjahres (+45%) erneut zulegen konnte. Mit 43,4 Mio. Übernachtungen wurde der höchste Wert seit der Unabhängigkeit des Landes erreicht. Der Einzelhandel (real +9,9%) profitierte von der Konsolidierung des Bankensektors, der die Kreditvergabe an private Haushalte um 29% gegenüber dem Vorjahr ausdehnte.

Auf der Verwendungsseite blieb die Inlandsnachfrage die treibende Kraft des Wirtschaftswachstums. Dieses steht nun auf einer breiteren Basis, da neben dem privaten Konsum (+4,6%) 2001 auch die Investitionen, die 2000 noch um 3,5% gesunken waren, mit 9,7% deutlich anzogen. Die Außenwirtschaft leistete 2001 keinen Beitrag zum Wachstum. Aufgrund der schwächeren Auslandsnachfrage bei gleichzeitig starker Inlandsnachfrage weitete sich das Handelsbilanzdefizit aus. Steigende Überschüsse der Dienstleistungsbilanz aufgrund wachsender Tourismuseinnahmen konnten den negativen Effekt auf den Saldo der Zahlungsbilanz nicht vollständig abfedern. Die Finanzierung des Leistungsbilanzdefizits (3,1% des BIP) bereitete jedoch keine Probleme, da die ausländischen Direktinvestitionen weiter anstiegen und mit netto 1,325 Mrd. USD die Finanzierungslücke mehr als kompensierten.

Für das laufende Jahr zeichnet sich mit einem prognostizierten Wachstum von 3,5% des BIP eine geringe Wachstumsabschwächung ab. Treibende Kraft, wenn auch in etwas abgeschwächter Form, bleibt die Inlandsnachfrage, insbesondere die Investitionen. Die Modernisierung der Betriebe sowie die Fortsetzung der Privatisierung im Tourismus und in der verarbeitenden Industrie sowie die öffentlichen Infrastrukturinvestitionen lassen eine Fortsetzung des dynamischen Investitionswachstums erwarten. Der private Konsum wird sich gegenüber 2001 etwas abschwächen. Im Zuge einer restriktiveren Fiskalpolitik wurden bereits zum Jahresende 2001 Sozialleistungen gekürzt, die Nettoreallöhne werden aufgrund der zurückhaltenden Lohnpolitik vermutlich stagnieren. Auch die sich in den ersten Monaten 2002 weiter verschlechternde Lage auf dem Arbeitsmarkt drückt auf den privaten Konsum. Der Außenbeitrag wird 2002 wieder einen positiven Beitrag zum Wachstum liefern, da der Importanstieg aufgrund des schwächeren Konsums hinter dem Exportwachstum zurückbleiben dürfte.

Produktion und Verwendung des BIP

Trotz einer Abschwächung des Wirtschaftswachstums in der zweiten Jahreshälfte 2001 (die Zuwachsraten der vier Quartale lagen bei 4,2%, 4,7%, 4,0% und 3,4% des BIP jeweils gegenüber dem Vorjahresquartal) ergibt sich für das Jahr 2001 ein Gesamtwachstum von 4,1%. Die höchsten Zuwächse in der Wertschöpfung waren im Groß- und Einzelhandel, dem Transport und Kommunikationssektor, bei den Finanzdienstleistungen sowie in der Industrie zu verzeichnen.

Die Industrieproduktion legte 2001 um beachtliche 6,0% zu, die Produktion des verarbeitenden Gewerbes sogar noch etwas stärker um 6,4%. Die höchsten Zuwächse erzielten die Papierindustrie (+23,2%), der Maschinenbau (+17,8%), die Produktion von Elektrogeräten (+19,0) sowie die Erzeugung von Motorfahrzeugen und Transportausrüstungen (+35,4% bzw. +36,2%). Zugrunde lagen diesem Boom starke Produktivitätsverbesserungen. Insgesamt

stieg in der Industrie die Produktivität um 9,6% gegenüber dem Vorjahr, wobei die industrielle Beschäftigung um 3,3% sank. Aber auch bereinigt um diese „Entlassungsproduktivität“ ergab sich in Verbindung mit den leicht sinkenden Reallöhnen eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der kroatischen Industrie. Die Bauwirtschaft wuchs nach den starken Einbrüchen der Vorjahre wieder um 3,6%. Im laufenden Jahr zeichnet sich eine Abschwächung des industriellen Wachstums ab. In den ersten vier Monaten des Jahres 2002 stieg die Industrieproduktion um 2,2%, die Produktion des verarbeitenden Gewerbes um 4,4% gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum.

Der am stärksten expandierende Sektor war 2001 der Groß- und Einzelhandel, dessen Wertschöpfung um 11,8% anstieg. Das Hotel- und Gaststättengewerbe verzeichnete ebenfalls Zuwächse (6,0%). Es profitierte von einer deutlichen Zunahme des Tourismus, der nach dem Boom des Jahres 2000 (+45% bei der Zahl der Übernachtungen) auch 2001 nochmals um

10,8% zulegen. Vor allem der Besucherstrom aus Deutschland wuchs kräftig. Sowohl der Groß- und Einzelhandel als auch das Hotel- und Gaststättengewerbe büßten allerdings im letzten Quartal 2001 deutlich an Wachstumsmotiv ein und trugen damit wesentlich zur Abschwächung des gesamten Wirtschaftswachstums im vierten Quartal 2001 bei.

Ebenfalls starke Zuwächse waren im Transport- und Kommunikationssektor sowie bei den Finanzdienstleistungen zu verzeichnen. Die Bruttowertschöpfung stieg hier um 7,3% bzw. 4,7%. Im Transportsektor stieg das Volumen der transportierten Güter um über 30%. Nach dem Abschluss der Rekapitalisierung des Bankensektors wurden die ansteigenden Erträge bei den Finanzdienstleistungen durch gelockerte Mindestreserveanforderungen sowie Zinssenkungen der kroatischen Nationalbank gefördert.

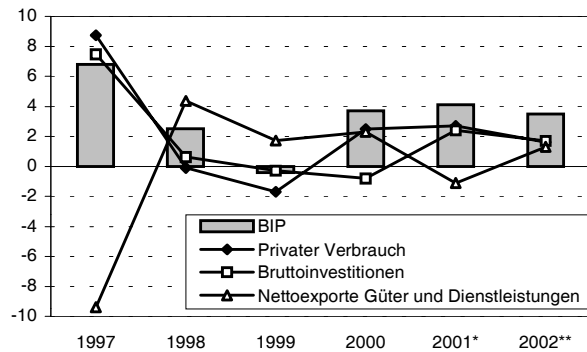
Auf der Verwendungsseite blieb die Inlandsnachfrage treibende Kraft des Wirtschaftswachstums. Der private Konsum nahm 2001 um 4,6% zu, während der staatliche Verbrauch um 3,9% zurückgefahren wurde. Der Einzelhandelsumsatz stieg real um 9,9%. Das Wachstum beruht nun auf einer breiteren Basis, da auch die Investitionen, die 2000 noch um 3,5% gesunken waren, mit 9,7% deutlich anzogen. Allein im letzten Quartal 2001 stiegen die Investitionen um 16,7%. Die privaten Investitionen nahmen dabei deutlich stärker zu als die öffentlichen Investitionen. Die Belebung der Investitionstätigkeit spiegelt auch der knapp 30%ige Anstieg der ausländischen Direktinvestitionen wider.

Die Außenwirtschaft leistete 2001 keinen Beitrag zum Wachstum. Aufgrund der schwächeren Auslandsnachfrage bei gleichzeitig starker Inlandsnachfrage weitete sich das Handelsbilanzdefizit aus. Steigende Überschüsse der Dienstleistungsbilanz aufgrund wachsender Tourismuseinnahmen konnten den negativen Effekt auf den Saldo der Zahlungsbilanz nicht vollständig abfedern.

Für das laufende Jahr zeichnet sich mit einem prognostizierten Wachstum von 3,5% des BIP eine geringe Wachstumsabschwächung ab. Treibende Kraft, wenn auch in etwas abgeschwächter Form, bleibt die Inlandsnachfrage, insbesondere die Investitionen. Die Modernisierung der Betriebe sowie die Fortsetzung der Privatisierung im Tourismus und in der verarbeitenden Industrie sowie die öffentlichen Infrastrukturinvestitionen lassen eine Fortsetzung des dynamischen Investitionswachstums erwarten. Der private Konsum wird sich gegenüber 2001 etwas abschwächen. Im Zuge einer restriktiveren Fiskalpolitik wurden bereits zum Jahresende 2001 Sozialleistungen gekürzt, die Nettoreallöhne werden aufgrund der zurückhaltenden Lohnpolitik vermutlich stagnieren. Auch die sich in den ersten Monaten 2002 weiter verschlechternde Lage auf dem Arbeitsmarkt drückt auf den privaten Konsum. Der Außenbeitrag wird 2002 wieder einen positiven Beitrag zum Wachstum liefern, da der Importanstieg auf-

grund des schwächeren Konsums hinter dem Exportwachstum zurückbleiben dürfte.

Reales BIP-Wachstum und reale Wachstumsbeiträge verschiedener Nachfragekomponenten in %



* Schätzung. ** Prognose.

Arbeitsmarkt, soziale Lage

Die Beschäftigung hat sich 2001 weiter verringert. Nach den Ergebnissen der nach der ILO-Methodik zweimal im Jahr durchgeführten Arbeitskräfteerhebung sank die Beschäftigung im ersten Halbjahr 2001 um 4,5% gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Zum großen Teil beruht dies jedoch auf dem Rückgang der Zahl der privaten Landwirte, die beim kroatischen Pensionsfond versichert sind, und daher in die Gesamtbeschäftigung eingerechnet werden. Nach Angaben des statistischen Büros blieb die Gesamtbeschäftigung in etwa auf dem Niveau des Vorjahres.

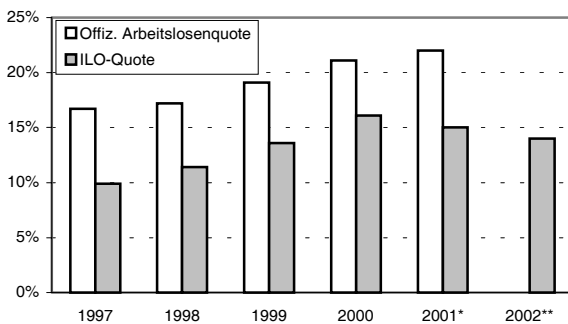
Die Arbeitslosenquote (Arbeitskräfteerhebung) betrug im ersten Halbjahr 2001 15,3%, gegenüber 15,1% bzw. 17,0% im ersten bzw. zweiten Halbjahr 2000. Die Arbeitslosenquote auf Grundlage der registrierten Arbeitslosen liegt erheblich höher und stieg vor allem zum Jahresende 2001 auf 23,1%; in den ersten beiden Monaten 2002 kletterte sie weiter auf 23,8%. Zu berücksichtigen ist allerdings, dass sich rund 9000 Kriegsveteranen zum Jahreswechsel registrieren ließen, um ihre Ansprüche unter dem neuen Kriegsveteranengesetz zu sichern. Weitere 3000 Personen wurden aufgrund des Auslaufens öffentlicher Beschäftigungsprogramme neu registriert.

Dennoch blieb die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt besorgniserregend. Alarmierend hoch ist nach den Ergebnissen der Arbeitskräfteerhebung die Langzeitarbeitslosigkeit. 40,9% der Arbeitslosen sind bereits mehr als zwei Jahre arbeitslos. Behindert wird der Abbau der Arbeitslosigkeit durch eine geringe Mobilität, wie sie in den signifikanten Differenzen in den regionalen Arbeitslosenquoten zum Ausdruck kommt. Der rasche Strukturwandel hat zudem zu

Veränderungen der geforderten Qualifikationsprofile geführt, die vom Großteil der Arbeitslosen mit einem geringen Qualifikationsniveau nicht erfüllt werden können.

Der Anstieg der Nominal- und Reallöhne hat sich 2001 abgeschwächt. Die nominalen Bruttolöhne lagen 2001 um 4,1% (2000: 7,0%), die Nettolöhne um 6,9% (2000: 8,9%) über dem Vorjahresniveau. Real stiegen die Nettolöhne damit um nur mehr 2,1% (2000: 3,4%; 1999: 10,1%), die realen Bruttolöhne sanken um 0,6% und lagen deutlich unterhalb des Produktivitätszuwachses. Von der Lohnentwicklung ging daher kein Druck auf die Preisentwicklung aus. Offensichtlich haben die Gewerkschaften angesichts der niedrigen Inflationsrate aber auch der anhaltenden hohen Arbeitslosigkeit ihre Lohnforderungen nach unten angepasst. Die Lohnentwicklung wurde zudem stark durch die staatliche Lohnpolitik bestimmt. Im Bereich der öffentlichen Verwaltung, des Gesundheits- und Ausbildungswesens wurde das Lohnniveau real stabil gehalten.

Arbeitslosenquote in %



* Schätzung. ** Prognose.

Inflation und Geldpolitik

Eine starke inländische Währung und das moderate Lohnwachstum trugen 2001 zu einer deutlichen Verringerung der Inflation bei. Der Einzelhandelspreisindex lag mit 2,6% (Dez/Dez) zum Jahresende 2001 um 4,8 Prozentpunkte unter dem Vorjahreswert von 7,4%. Verursacht wurde dies u.a. durch die gesunkenen Weltmarktpreise für Rohöl sowie Verschiebungen der Verbrauchsteuererhöhungen für Getränke und Tabak. Die von der Kroatischen Nationalbank berechnete Kerninflation sank um 2,9 Prozentpunkte von 4,6% im Dezember 2000 auf 1,7% im Dezember 2001. Diesem Rückgang der Kerninflation lagen strukturelle Veränderungen einschließlich einer Reduzierung der Einfuhrzölle sowie ein erhöhter Wettbewerb im Einzelhandel durch ausländische Wettbewerber zugrunde. Gesunkene Rohstoffpreise bewirkten einen Rückgang des Produzentenpreisindex auf 3,6% im Jahr 2001 (2000: 9,7%).

Für 2002 liegt das Inflationsziel der Nationalbank bei 4% (Dez/Dez). Die niedrige Inflationsrate im April

2002 (2,2% gegenüber April 2001) lässt erwarten, dass dieses Ziel möglicherweise sogar leicht unterschritten werden wird, vorausgesetzt es kommt zu keinen deutlichen Ölpreiserhöhungen sowie einem moderaten Lohnwachstum im öffentlichen Sektor. Letzteres ist mit den Gewerkschaften abgestimmt. Zur Abmilderung des inflationären Drucks trägt im laufenden Jahr auch die Senkung der Zölle für zahlreiche Nahrungsmittel und andere industrielle Waren bei, die sich im Ergebnis der abgeschlossenen Freihandelsabkommen bzw. des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens mit der EU ergibt.

Die leichte Aufwertungstendenz der Kuna hat sich 2001 verstärkt fortgesetzt. Gegenüber dem Euro betrug diese real 4,6%. Zurückzuführen ist der Aufwertungsdruck auf die hohen Devisenzuflüsse, die wachsenden Zuflüsse von ausländischen Direktinvestitionen und die steigenden Einnahmen aus dem Tourismus. Um eine stärkere Aufwertung zu verhindern, intervenierte die Nationalbank einige Male auf den Devisenmärkten. Gleichzeitig verfolgte die Nationalbank angesichts der geringen Inflationsgefahren eine gelockerte Geldpolitik. In mehreren Schritten wurde der Mindestreservesatz von 28,5% zum Jahresende 2000 auf 19% zum Jahresende 2001 gesenkt. Die Zinsen der Geschäftsbanken für private Schuldner verringerten sich in der Folge um 1,5 Prozentpunkte, wobei die Kreditvergabe an Firmenkunden stark anstieg und zum Jahresende 2001 um über 20% über dem Vorjahresniveau lag. Erstmals überstieg sie im vierten Quartal die Kreditvergabe an private Haushalte.

Im Zuge der Euroumstellung stiegen im vierten Quartal die Deviseneinlagen der Privaten stark an, da Devisenbestände zum Umtausch ins Bankensystem flossen. Insgesamt erhöhten sich die Deviseneinlagen im vierten Quartal um knapp 2 Mrd. Euro oder knapp 30%. Die Nationalbank ging davon aus, dass es sich um dauerhafte Zuflüsse handelt und verzichtete auf Sterilisierungsmaßnahmen. Aufgrund dieser gestärkten Liquiditätslage im Bankensektor sowie dem niedrigeren Zinsniveau ist auch im laufenden Jahr mit einer Fortsetzung des dynamischen Kreditwachstums zu rechnen.

Staatshaushalt und Fiskalpolitik

Aufgrund von methodischen Veränderungen bei der Haushaltsaufstellung sind die fiskalischen Entwicklungen der letzten Jahre nicht ohne weiteres miteinander vergleichbar. Im Haushaltsentwurf für 2002 wurden erstmals auch die bislang extrabudgetären Fonds (Renten, Gesundheit, Beschäftigung) in den Haushalt integriert und die Privatisierungserlöse nicht mehr der Einnahmenseite hinzugerechnet.

Vergleichbare Daten zeigen einen Rückgang des Defizits des konsolidierten Zentralhaushalts von 7,4% des BIP im Jahr 1999 auf 5,7% 2000 und 5,3% des BIP im Jahr 2001. Das angestrebte Defizitziel

wurde damit erreicht. Der Rückgang des Defizits ist das Ergebnis einer Kürzung der Ausgaben um real 2,9%, die Einnahmen stiegen geringfügig um real 0,3%. Die Finanzierung des Defizits wurde durch die geringer als erwarteten Privatisierungseinnahmen erschwert. Diese erreichten statt der geplanten 8,5 Mrd. HRK lediglich 5,4 Mrd. HRK, da einige größere Privatisierungsvorhaben nicht realisiert werden konnten (s.u.). In der Folge griff man auf eine höhere Kreditaufnahme auf den heimischen und internationalen Kapitalmärkten zurück. Im Dezember 2001 wurde eine Euro-Anleihe über 200 Mio. € und einer Laufzeit von sieben Jahren emittiert. Die öffentliche Verschuldung, die ursprünglich auf 46% des BIP zurückgeführt werden sollte, blieb damit aufgrund der Verzögerungen bei der Privatisierung und der Ausweitung von Staatsgarantien unverändert hoch bei rund 50% des BIP.

Der Budgetentwurf für das laufende Jahr sieht ein Defizit von 4,2% des BIP vor. Die Einnahmen werden mit 37,2% des BIP niedriger als im Vorjahr (2001: 38,5%) projiziert, da die Einführung der zweiten Säule des Rentensystems zu einem Einnahmeausfall in Höhe von 1,2% des BIP führen wird. Hinzu kommen geringere Zolleinnahmen infolge des WTO-Beitritts und des Abschlusses von Freihandelsabkommen. Die Ausgaben werden mit 40,8% des BIP ebenfalls deutlich niedriger als im Vorjahr (2001: 43,7%) veranschlagt. Mit Ausnahme des Schuldendienstes werden alle wesentlichen Ausgabekategorien sinken.

Die geplanten Einnahmen aus der Privatisierung wurden vorsichtig auf die Hälfte der Einnahmen in 2001 projiziert. Sie sollen im laufenden Jahr auch nicht mehr zur Defizitfinanzierung verwendet werden, sondern sind für die Finanzierung der Ausgaben in den neu geschaffenen Regionalen Entwicklungsfond und den Entwicklungs- und Beschäftigungsfond zweckgebunden. Die ausländische Kreditaufnahme wird sich 2002 nahezu verdoppeln, in erster Linie wegen der Verschiebung der Auszahlung der Tranche des Strukturanpassungskredits der Weltbank auf Anfang 2002.

Außenwirtschaft

Die rückläufige Auslandsnachfrage bei gleichzeitig starker Inlandsnachfrage führten 2001 zu einer Ausweitung des Handelsbilanzdefizits auf 4,4 Mrd. USD (2000: 3,5 Mrd. USD). Die Importe stiegen auf Dollarbasis um 14,7% aufgrund der stark gestiegenen Investitionsgüterimporten im Zuge des starken Investitionswachstums. Obwohl die Importe im vierten Quartal wieder um rund 5% sanken (u.a. wegen Verschiebungen von Einfuhren im Vorgriff auf die zum 1.1.2002 in Kraft getretenen Freihandelsabkommen mit der EU und den CEFTA-Ländern), sorgten u.a. hohe PKW-Importe zu Jahresbeginn wegen auslaufender Zollvergünstigungen für den

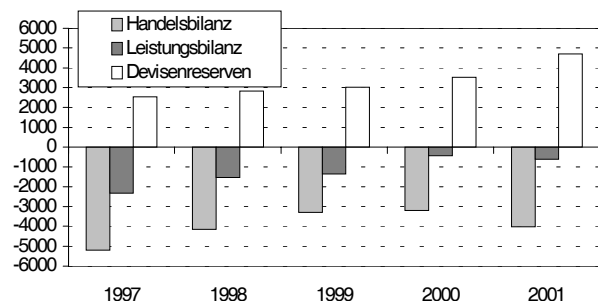
Anstieg der gesamten Einfuhren auf gut 9 Mrd. USD. Die Ausfuhren stiegen dagegen deutlich geringer um 5,1% auf knapp 4,7 Mrd. USD. Die ausgeprägte Exportschwäche Kroatiens wird auch am geringen Anteil der Exporte am BIP deutlich. Kroatien bildet hier das Schlusslicht unter den kleineren Transformationsländern. Rückläufig im Vergleich zum Vorjahr waren die Ausfuhren von Mineralölprodukten, chemischen Produkten und Erzeugnisse der Metallindustrie.

Die Länderstruktur der Exporte hat sich weiter zugunsten der Exporte in die EU verschoben, auf die 54,7% der Gesamtexporte entfallen. Deutlich gestiegen sind die Ausfuhren nach Italien und Deutschland mit 11,7% bzw. 9,0%. Die Exporte in die CEFTA-Region fielen um 7,6%, zum großen Teil aufgrund des Rückgangs der Exporte nach Slowenien, dem viergrößten kroatischen Absatzmarkt.

Das Defizit der Leistungsbilanz hat sich nach vorläufigen Angaben der Kroatischen Nationalbank 2001 von 433 Mio. USD oder 2,3% des BIP (2000) auf 623 Mio. USD oder 3,1% des BIP ausgeweitet. Der Anstieg des Handelsbilanzdefizits wurde durch die Verbesserung der Dienstleistungsbilanz, deren positiver Saldo aufgrund der steigenden Tourismuseinnahmen um rund 30% anstieg, weitgehend kompensiert. Die Überweisungen kroatischer Gastarbeiter stiegen auf 960 Mio. USD.

Die Finanzierung des Leistungsbilanzdefizits bereitete keine Probleme, da die ausländischen Direktinvestitionen weiter anstiegen und mit netto 1,325 Mrd. USD die Finanzierungslücke mehr als kompensieren konnten. Privatisierungserlöse, insbesondere aus dem Verkauf der Hrvatski Telekom, trugen zu diesem Anstieg bei, obwohl sie nicht so hoch wie ursprünglich geplant ausfielen. Die Devisenreserven der Nationalbank stiegen um rund 1,15 Mrd. USD auf knapp 4,7 Mrd. USD zum Jahresende 2001. Die Importdeckungsquote stieg auf komfortable 5,3 Monate.

Außenwirtschaft
Salden in Mio. USD



Die Auslandsverschuldung erhöhte sich leicht auf 11,146 Mrd. USD zum Jahresende 2001. Die Rückzahlung einer kurzfristigen Regierungsanleihe zur Überbrückung der Privatisierung der kroatischen Telekom reduzierte die Verschuldung von ihrem Jah-

reshochstand im September. 44,7% der Auslandsverschuldung entfallen auf die kroatische Regierung, 16,5% auf die Banken. Nach Schätzungen der kroatischen Nationalbank werden im laufenden Jahr Tilgungszahlungen in Höhe von 1,54 Mrd. USD fällig, hinzu kommen Zinszahlungen in Höhe von 452 Mio. USD. In den darauffolgenden Jahren wird die Schuldendienstbelastung kontinuierlich sinken. Aufgrund des moderaten Leistungsbilanzdefizits und der hohen Devisenreserven bereitet die Bedienung der Auslandsverschuldung auf absehbare Zeit keine Probleme.

Wirtschaftspolitische Maßnahmen, Privatisierung, Strukturwandel

In diesem und im nächsten Jahr will die kroatische Regierung an ihrem im Rahmen des Beistandsabkommens mit dem IWF vom März 2001 vorgelegten Wirtschaftsprogramm festhalten, das hohes Wirtschaftswachstum durch Anpassungen der Fiskalpolitik, Lohndisziplin im öffentlichen Sektor und strukturelle Reformen sichern soll. Der IWF hat die wirtschafts- und strukturpolitischen Bemühungen im abschließenden Bericht des Beistandsabkommens, das Mitte Mai 2002 ausläuft, insgesamt positiv bewertet. Die kroatische Regierung hofft auf den Abschluss eines entsprechenden Nachfolgeabkommens. Ernste politische Spannungen zwischen den beiden stärksten Parteien der Koalitionsregierung konnten im März 2002 mit einer personellen Umbildung der Regierung vorerst beigelegt und eventuelle Neuwahlen vermieden werden. Der Vorsitzende der Sozialliberalen Partei (HSL) Budisa wurde zum Vizepremier berufen. Es bleibt abzuwarten, ob die Regierung über die volle Wahlperiode bis Ende 2003 im Amt bleiben wird.

Im Vordergrund der wirtschaftspolitischen Anstrengungen steht im laufenden Jahr die weitere Budgetkonsolidierung. Die im Budgetentwurf anvisierte Senkung der Ausgabenquote soll u.a. durch Beschäftigungsabbau in der staatlichen Verwaltung und im Verteidigungssektor realisiert und in den nächsten Jahren fortgeführt werden. Bis 2003 soll das Defizit auf 1,25% gesenkt werden. Ein wichtiger Schritt wurde mit der Reform des Rentensystems bereits eingeleitet. Mit Hilfe der Weltbank wird das auf dem Umlageverfahren beruhende Rentensystem durch ein finanziell tragbares System ersetzt werden. Die Beschäftigten können nun seit November 2001 Rentenzahlungen in verschiedene Investmentfonds leisten. Diese Pensionsfonds sind berechtigt, bis zu einem Drittel ihrer Mittel in Unternehmen zu investieren und stellen damit eine neue Quelle der langfristigen Unternehmensfinanzierung dar. Davon wird ein zusätzlicher Wachstumsschub erwartet.

Der Privatisierungsprozess verlief 2001 langsamer als erwartet. Das größte realisierte Privatisierungsvorhaben war der Verkauf von 16% der kroatischen

Telekom an die Deutsche Telekom für 500 Mio. €. Allein darauf entfielen 80% der Privatisierungserlöse. Ebenfalls erfolgreich privatisiert wurden einige Hotels an der dalmatinischen Küste.

Im laufenden Jahr soll die Privatisierung forciert werden. Im März 2002 wurden vom Parlament die Privatisierungspläne für die beiden wichtigsten Energieunternehmen, die Stromgesellschaft HEP und die Öl- und Gasgesellschaft INA, angenommen. Allerdings stimmte das Parlament nur dem Verkauf eines 25%igen Anteils plus einem Anteil an einen strategischen Investor zu. 25% plus 1 werden beim Staat bleiben. Mindestens weitere 15% sollen an der Börse veräußert werden. Auch an der HEP sollen 51% der Anteile beim Staat bis zum Zeitpunkt des Beitritts zur EU verbleiben.

Im Bankensektor verläuft die Privatisierung dagegen zügiger. 90% der Bankenaktiva befinden sich bereits in ausländischem Besitz. Dem Staat gehören weiterhin die Croatia Banka und die Postbank HPB. Beide Banken sollen ebenfalls privatisiert werden. Für die Postbank wurde ein Privatisierungsberater ernannt, der den Verkauf an einen strategischen Investor vorbereiten soll. Mit der Konsolidierung des Bankensektors ist auch das Vertrauen in die Banken deutlich gestiegen, wie an den hohen Zuwächsen bei den Einlagen zu erkennen ist.

2002 will die Regierung nun auch erneut versuchen, den mit Verlusten arbeitenden kroatischen Schiffsbau auf die Privatisierung vorzubereiten. Das Sanierungspaket beinhaltet die Übernahme von Schulden in Höhe von 175 Mio. USD sowie Investitionen von rund 125 Mio. USD in die Technologie, um die Konkurrenzfähigkeit des Schiffbaus zu verbessern. Die fünf staatlichen Großwerften werden in einer Holding zusammengefasst, die für alle Sanierungsmaßnahmen und Privatisierungsvorbereitungen verantwortlich sein wird. Langfristig werden in Kroatien, dem derzeit weltweit fünftgrößten Schiffsbauer, nur ein oder zwei Werften bestehen bleiben, die Schiffsfertigstellungen vornehmen.

EU-Integration

Nach dem Abschluss eines Stabilitäts- und Assoziierungsabkommens (SAA) ist Kroatien auf dem Weg zu einer Mitgliedschaft in der EU weiter vorangekommen. Das Interimsabkommen mit der EU ist ab 1.1.2002 in Kraft, ebenso wie ein Freihandelsabkommen mit der EFTA. Mit dem ausgehandelten Beitritt zur CEFTA, sowie dem bereits vorher erfolgtem Beitritt zur WTO hat Kroatien seine außenwirtschaftliche Isolierung der Tudjman-Ära überwunden. In ihrem Bericht zur Implementierung des SAA vom April 2002 mahnt die EU-Kommission insbesondere die Anpassung der gesetzlichen und anderer Regelungen an die EU-Standards an. Im wirtschaftlichen Bereich werden die fiskalische Konsolidierung, die Reform des Gesundheits- und Rentensystems, die

Privatisierung und nicht zuletzt die Implementierung von Maßnahmen zur Verbesserung des Unternehmensklimas einschließlich der Reform des Katastersystems als prioritäre Gebiete benannt.

Im politischen Bereich nennt der Bericht die Rechtsreform, den Minderheitenschutz, die Umwandlung der Kroatischen Rundfunk- und Fernsehgesellschaft (HRT) in eine unabhängige öffentliche Serviceeinrichtung, die Rückgabe beschlagnahmten Eigentums und die Verbesserung der regionalen Ko-

operation mit der BR Jugoslawien und Mazedonien als Prioritäten für die nächsten zwölf Monate. In diesem letzten Punkt wurden 2002 bereits Fortschritte erzielt, etwa bezüglich der Behandlung von Serben in Kroatien und Kroaten in Serbien. Transportwege über die Grenzen wurden wieder geöffnet.

MICHAEL KNOGLER

Kroatien

Fläche: 56,6 Tsd. km²; Bevölkerung: 4,535 Mio.

Gesamtwirtschaftliche Indikatoren

	Einheit	1997	1998	1999	2000	2001*	2002**
Wirtschaftsleistung							
Bruttoinlandsprodukt							
BIP, nominal	Mrd. Kuna	123,812	137,604	142,700	157,511	168,972	182,406
BIP, nominal	Mrd. USD	20,099	21,636	20,070	19,023	20,260	22,0
BIP, real	Veränd. gg. Vorj., %	6,8	2,5	-0,9	3,7	4,1	3,5
BIP pro Kopf	USD						
	Amtl. Wechselkurs	4398	4806	4456	4227	4604	4994
	Kaufkraftparität	6690	6940	6950	7380	7982	
BIP	Index 1990=100 ¹	84,0	86,1	85,8	89,1	92,8	96,0
Industrie	Index 1990=100 ¹	61,7	64,0	63,1	64,2	68,1	.
Produktionsentwicklung, real							
Industrie	Veränd. gg. Vorj., %	6,8	3,7	-1,4	1,7	6,0	3,5
Landwirtschaft	Veränd. gg. Vorj., %	4,0	10,2	-3,5	2,8	.	.
Bauwesen	Veränd. gg. Vorj., %	16,7	0,7	-7,7	-9,1	3,6	.
Struktur lt. VGR							
Industrie	% des BIP	26,9	27,0	27,4	28,1	28,2	.
Landwirtschaft	% des BIP	9,6	9,7	9,8	9,5	9,1	.
Bauwesen	% des BIP	7,4	7,4	6,8	6,1	6,0	.
Dienstleistungen	% des BIP	56,1	55,9	56,0	56,3	56,7	.
Anteil des Privatsektors	% des BIP	55,0	55,0	60,0	60,0	.	.
Anteil des Privatsektors	% der Industrieprod.						
Anteil des Privatsektors	% der Beschäftigten	54,0	54,0	58,0	56,0	.	.
Investitionen							
Brutto-Anlageinvestitionen	Reale Veränd. gg. Vorj., %	23,3	2,5	-1,1	-3,5	9,7	.
Investitionsquote lt. VGR	% des BIP	28,2	23,2	22,4	22,3	23,5	.
Zufluss von Direktinvest., netto							
Zahlungsbilanzangaben	Mio. USD	346,7	834,9	1444,6	1086,2	1325,4	.
darunter aus Deutschland	Mio. EUR	47,9	63,0	904,0	843,0	601,0	.
Arbeitsmarkt							
Beschäftigte, ges., JD	Mio. Personen	1310,9	1384,8	1364,5	1341,0	1348,3	.
Männer	Mio. Personen					870,2	.
Frauen	Mio. Personen					478,1	.
in der Industrie	% d. Besch.	24,4	22,3	21,9	21,8	21,3	.
im Staatssektor	% d. Besch.						
Arbeitslosenquote, ges., JE	%	17,6	18,1	20,4	22,3	23,1	22,5
Männer	%					19,5	.
Frauen	%					24,7	.
Geldmengen- und Preisentwicklung							
Geldmenge M2, JE	Veränd. gg. Vorj., %	38,1	13,0	-1,1	28,9	45,1	.
Zinssatz, jährl., JE	%, Rediskontsatz,	5,9	5,9	7,9	5,9	5,9	.
Realzins (PPI, lfd. Jahr), JD	%, jährl., aufg. Kredite						
Inflationsrate							
Konsumgüterpreise, JD	Veränd. gg. Vorj., %	3,6	5,7	4,2	6,2	4,9	2,8
Konsumgüterpreise, JE	Veränd. gg. Vorj., %	3,8	5,4	4,6	7,4	2,6	4,0
Industriegüterpreise, JD	Veränd. gg. Vorj., %	2,3	-1,2	2,6	9,7	3,6	.
Einkommen und Verbrauch							
Bruttolöhne, nominal, JD	Veränd. gg. Vorj., %	13,1	12,6	10,2	7,0	4,1	.
Nettolöhne, real, JD	Veränd. gg. Vorj., %	12,3	6,0	10,1	3,4	2,1	.
Privater Verbrauch, real lt. VGR	Veränd. gg. Vorj., %	12,9	-0,6	-2,7	4,1	4,6	.
Einzelhandelsumsatz, real	Veränd. gg. Vorj., %	14,9	0,1	-3,5	10,0	9,8	.
Sparquote (priv. Haushalte)	% des verf. Eink.						

Kroatien – Gesamtwirtschaftliche Indikatoren

	Einheit	1997	1998	1999	2000	2001*	2002**
Lebensstandard							
Monatslohn, JD	USD,						
brutto	Amtl. Wechselkurs	595	649	634	588	607	.
brutto	Kaufkraftparität	904	938	999	1033	1052	.
Mindestlohn/Durchschn.-lohn	%						
Altersrente/Durchschn.-lohn	%						
Öffentliche Haushalte (kons.)²							
Einnahmen	Mio. Kuna	53345	65110	61122	62801	65473	67520
Ausgaben	Mio. Kuna	54931	64228	71614	71735	74665	75218
Budgetsaldo	Mio. Kuna	-1586	882	-10491	-8934	-9191	-7698
Budgetsaldo	% des BIP	1,3	0,6	-7,4	-5,7	-5,4	-4,2
Öffentl. Verschuldung ³	% des BIP	31,9	38,8	51,1	50,9	50,7	50,4
Außenwirtschaft							
Außenhandel insgesamt							
Export	Mio. USD	4171	4541	4302	4432	4659	.
Import	Mio. USD	9104	8383	7799	7886	9044	.
Handelsbilanzsaldo	Mio. USD	-4933	-3842	-3496	-3454	-4384	.
Anteile wichtiger Handelspartner							
Export nach							
EU	% der Exporte	49,8	47,6	49,0	54,5	54,7	.
Deutschland	% der Exporte	17,9	16,9	15,7	14,3	14,8	.
GUS	% der Exporte						
Russland	% der Exporte	3,9	3,6	1,6	1,3	1,8	.
CEFTA	% der Exporte	16,7	13,3	13,5	13,8	12,2	.
Import aus							
EU	% der Importe	59,8	59,4	56,6	55,4	56,0	.
Deutschland	% der Importe	20,2	19,3	18,5	16,5	16,9	.
GUS	% der Importe						
Russland	% der Importe	5,0	4,3	8,6	8,5	7,2	.
CEFTA	% der Importe	15,2	15,1	13,9	14,8	15,7	.
Handel mit Deutschland							
Deutsche Ausfuhr	Mio. EUR	1525	1479	1229	1345	1549	.
Deutsche Einfuhr	Mio. EUR	659	679	643	669	678	.
Deutscher Handelssaldo	Mio. EUR	866	800	586	676	871	.
Gesamtwirtschaftl. Auslandsposition							
Leistungsbilanzsaldo	Mio. USD	-2325,1	-1530,6	-1390,4	-432,7	-623,2	.
	% des BIP (USD)	-11,6	-7,1	-6,9	-2,3	-3,1	-2,3
Währungsreserven, ges., JE	Mio. USD	4830,4	4700,9	4587,9	5914,0	8619,2	.
der Nationalbank, JE	Mio. USD	2539,1	2815,7	3025,0	3524,8	4704,2	.
Wechselkurs, JD	Kuna /USD	6,16	6,36	7,11	8,28	8,34	.
	Kuna /EUR	6,96	7,14	7,58	7,63	7,47	.
Realer Wechselkurs, JE ⁴	Index 1995=100	104,9	108,0	116,3	113,5	112,0	.
Terms of Trade	Index 1990=100						
Auslandsverschuldung,							
Brutto, Dez.	Mio. USD	7451,6	9586,2	9872,3	11002,2	11146,3	.
Netto, Dez.	Mio. USD	2621,1	4885,3	5284,4	5088,2	2527,1	.
Brutto	% des BIP	37,1	44,3	49,2	57,8	55,0	.
Schuldenquote (brutto)	% der Exporte	90,7	111,9	122,2	127,0	115,7	.
Schuldendienstquote	% der Exporte	13,8	13,5	22,8	22,9	19,9	.

Anmerkung: * = vorläufige Angaben; ** = Prognose; JD = Jahresdurchschnitt; JE = Jahresende.

¹ Jahr vor dem ersten transformationsbedingten Einbruch. ² Ab 1999 nach IWF-Methodik einschl. außerbudgetärer Fonds und ohne Privatisierungserlöse. ³ einschl. Zahlungsrückstände und Staatsgarantien. ⁴ Realer effektiver Wechselkurs, deflationiert mit dem Produzentenpreisindex.

Quellen: Croatian Bureau of Statistics, National Bank of Croatia, Ministry of Finance, IWF, WIIW, PlanEcon, EBRD, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.